

A1 Wehrhafte Demokratie heißt: AfD Verbotsverfahren ist die Grundlage für eine Koalition

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 08.09.2026

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

Das vor 75 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner Verankerung von Grundrechten, Schutz von Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gilt es mit allen Kräften zu verteidigen. Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung der Nazi-Diktatur heraus die Mittel dafür: Die Möglichkeit des Verbots von verfassungsfeindlichen Parteien. Es ist die Verantwortung aller demokratischen Parteien, des Bundestages, des Bundesrates und der Länder sowie der Bundesregierung, diese Mittel im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu nutzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Nicht erst seit der Wahl in Sachsen-Anhalt ist klar, dass eine von der AfD geführte Regierung Realität werden kann und diese die Grundrechte vieler Menschen gefährdet.

Für uns ist deshalb klar, dass sich eine Koalition mit grüner Beteiligung in NRW zu einem Verbotsverfahren gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz bekennen muss. Eine Koalition mit grüner Beteiligung kann es nur geben, wenn diese Koalition sich für ein Verbotsverfahren im Bundesrat einsetzt und bei einer entsprechenden Abstimmung mit „Ja“ stimmt. Diese Haltung zum Verbotsverfahren ist für uns Grundlage und Bedingung für eine Koalition auf Landesebene.

Niemand behauptet, ein Verbot allein könne rechtsextreme Einstellungen, strukturelle Beschleuniger für rechtsextrêmes Gedankengut, Propaganda-Algorithmen oder das schwindende Vertrauen in demokratische Institutionen beheben. Wir brauchen weiterhin eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft, die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen, einen Staat, der einfach funktioniert, und vieles mehr, um den Rechtsextremismus zurückzudrängen. Ein Verbot der AfD hat den entscheidenden Vorteil, dass staatliche Parteienfinanzierung und die Nutzung von öffentlichen Einrichtungen nicht mehr für rechtsextrémen Hass und menschenverachtende Hetze eingesetzt werden können, dass Parteistrukturen zerschlagen werden, die aktuell tief in die rechtsextréme, gewaltbereite Szene hineinreichen, und Nachfolgeorganisationen verboten sind. Ein Verbot der AfD bedeutet eine Schwächung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland.

Ein Scheitern des Verbotsverfahrens nach Prüfung des Bundesverfassungsgerichts bleibt eine Möglichkeit, von der wir uns nicht entmutigen lassen. Ein Verbotsverfahren zu unterlassen und damit ein Werkzeug ungenutzt zu lassen, wäre angesichts der Bedrohungslage für Demokratie und Menschenrechte fahrlässig. Außerdem stehen die Chancen ausweislich eines ausführlichen ergebnisoffenen Gutachtens gut. Angesichts der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt ist die Möglichkeit des Erstarkens der AfD bei einem Scheitern des Verbotsverfahrens für uns auch kein Argument, nicht den Versuch zu wagen, unsere Demokratie zu schützen.

Wir werden deshalb als Kreisverband Köln falls erforderlich einen entsprechenden Änderungsantrag für das Landtagswahlprogramm stellen.

42 Anhang:

- 43 • NRW: [https://gruene-nrw.de/2025/05/weil-die-demokratie-wehrhaft-sein-muss-](https://gruene-nrw.de/2025/05/weil-die-demokratie-wehrhaft-sein-muss-afd-verbotsverfahren-vorbereiten-und-einleiten/)
44 [afd-verbotsverfahren-vorbereiten-und-einleiten/](https://gruene-nrw.de/2025/05/weil-die-demokratie-wehrhaft-sein-muss-afd-verbotsverfahren-vorbereiten-und-einleiten/)
- 45 • Bund: [https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=/2024-11-](https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=/2024-11-Wiesbaden&editing=false&openfile=true)
46 [Wiesbaden&editing=false&openfile=true](https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=/2024-11-Wiesbaden&editing=false&openfile=true)
- 47 • Gutachten zu Erfolgsaussichten: [https://afd-](https://afd-gutachten.de/gutachten/einfuehrung/)
48 [gutachten.de/gutachten/einfuehrung/](https://afd-gutachten.de/gutachten/einfuehrung/)

A8 Content, der slappt, statt Slop: Für Kreativität & Klarheit in Grüner Kommunikation

Antragsteller*in: Ida Holschbach, Amana Pak, Marlene Hansmann, Maximilian Vogel

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln beschließt, dass der Kreisverband Köln und seine Gremien, Organe und Arbeitskreise auf die Nutzung jeder generativen Bilderzeugung oder Modifikation zu Zwecken der parteiinternen und öffentlichkeitswirksamen Kommunikation verzichten. Die GRÜNEN Köln empfehlen all ihren Mandatsträger*innen, es ihnen gleich zu tun.

I. Menschen, nicht Maschinen

Wie wir nach außen und innen kommunizieren, ist zentral für unsere Mitglieder und Wähler*innen.

Die Erzeugung von Bildern mit sog. Künstlicher Intelligenz* ist nicht mit unseren Grünen Grundwerten vereinbar.

Billige KI-generierte Bilder sind auf den ersten Blick an seltsam verschobenen Dimensionen, kryptischen Buchstaben und grotesken Details erkennbar. Aber auch realistischere Bilder leiden unter stereotypisierten Darstellungen von uns Grünen. Dabei sind wir echte, nahbare Menschen, die sich jeden Tag für diese Partei und ihre Werte einsetzen. Bei uns zählt das Individuum, und das sollten wir auch kommunizieren: Wir stellen reale Menschen ins Zentrum, nicht künstliche Kreationen. [1]

Unseren Social-Media-Auftritt und unsere Kommunikation gestalten Menschen, egal ob haupt- oder ehrenamtlich, und sie denken über jeden Pixel und jeden Buchstaben nach. Frei nach dem Motto „why should I read what you didn't bother to write“: Warum sollten Menschen sich für unsere Posts interessieren, wenn wir uns keine Mühe bei der Erstellung gemacht haben? [2]

II. Klima- und Umweltzerstörung durch KI-Rechenzentren

KI-Rechenzentren schlucken Unmengen an Wasser, während der Rhein trockenfällt und in Europa das Trinkwasser knapper wird. Umso schlimmer, dass der Wasserverbrauch von KI-Rechenzentren noch steigen wird, und 2030 so viel Wasser benötigen könnte wie 1,3 Milliarden Menschen. [3] Die rechenaufwendige Generation von Bild- und Videodateien ist besonders energie- und wasseraufwendig.

KI-Rechenzentren sorgen zudem für Unmengen an Elektroschrott. Grafikkarten in Rechenzentren haben nur eine geringe Nutzungsdauer. Insgesamt könnten bis zu 2,5 Millionen Tonnen zusätzlicher Elektroschrott pro Jahr bis 2030 entstehen. Dieser Elektroschrott enthält nicht nur Materialien, die nur unter hohen Umweltkosten hergestellt werden konnten, sondern kann auch giftig und schwer recycelbar sein. [4]

Als Grüne stehen wir für einen sorgsamen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und prangern Wasserverschwendung nicht nur an, sondern fordern und fördern Lösungen. Mit dieser Politik ist eine Nutzung von KI-generierten Bildern unvereinbar.

40 III. Stromfresser

41 Der immense Energiehunger von KI droht den Erfolg der Energiewende zu
42 vernichten. Der für KI notwendige Strombedarf könnte sich verdoppeln. [5] Dieser
43 Energiebedarf soll durch neue fossile Kraftwerke gedeckt werden. Auch in
44 Deutschland werden Dieselgeneratoren oder Gaskraftwerke eingesetzt, nur um
45 Rechenzentren zu betreiben. [6] Für KI-Rechenzentren sollen sogar Atomkraftwerke
46 gebaut oder reaktiviert werden. [7] Jede Anfrage und jede Bildgenerierung
47 verbrauchen Energie und befeuert Unternehmen in ihrem Eifer, immer neue
48 Rechenzentren zu bauen. In Anbetracht der immer deutlicher werdenden
49 Klimakatastrophe ist das fatal.

50 IV. Das ist alles nur geklaut

51 Generative KI basiert auf dem Training mit den Werken von Künstler*innen und
52 Kulturschaffenden, die ohne ihr Einverständnis und ohne Gegenleistung
53 verarbeitet wurden. Zu befürchten ist auch ein Substitutionsdruck: Es könnten
54 keine neuen Aufträge für Stock-Fotograf*innen, Grafikdesigner*innen u. ä.
55 entstehen, wenn KI-generierte Bilder verwendet werden. Fotograf*innen und
56 Grafikdesigner*innen fällt damit eine wichtige Einnahmequelle weg: KI
57 substituiert ihre Werke und verdrängt Menschen aus ihrer Arbeit. Davon
58 profitieren allein große amerikanische Tech-Konzerne, während hier Arbeitsplätze
59 verschwinden. [8]

60 V. Cleane Grafik, blutige Hände

61 Die für die Entwicklung von KI-Modellen nötige Datenannotation verursacht Leid
62 und psychische Belastung bei Arbeitskräften im globalen Süden: Damit ein Modell
63 mit Bildern und Videos trainiert werden kann, müssen menschliche Arbeitskräfte
64 zuvor unzählige Bilder und Videos ansehen, beschriften und bewerten. Diese
65 enthalten auch belastende Inhalte, die von pornografischen Aufnahmen bis hin zu
66 Kriegs-, Mords- oder Missbrauchsdarstellungen reichen. [9] Diese Kosten sollten
67 wir abwägen, bevor wir KI zur Bildgenerierung nutzen.

68 VI. KI-Rechenzentren sind unbeliebt

69 Im Maintal wurde ein Rechenzentrum, das mit einem eigenen Gaskraftwerk betrieben
70 sollte, nach Widerstand in der Bevölkerung gestoppt. [7] Auch in den USA zeigt
71 sich: Neben einem lärmenden, hässlichen Klotz, der die Umgebung noch zusätzlich
72 erhitzt, will niemand wohnen. [10] Und wenn wir ehrlich sind: Wir wären gegen
73 ein solches KI-Rechenzentrum in Köln, also ist es nur stringent, dass wir die
74 Technologie auch nicht nutzen.

75 VII. Fazit

76 KI-Technologien prägen unsere Arbeit und unsere Gesellschaft. Nichtsdestotrotz
77 können wir entscheiden, wie, wofür und welche KI-Technologien wir nutzen: Wir
78 achten auf Datensparsamkeit, ökologische Verantwortung, den Schutz
79 schöpferischer Leistung, offene Standards und eine starke europäische digitale
80 Infrastruktur. [11]

81 Wenn wir aber für unsere Kommunikation eine Technologie verwenden, der die
82 Menschlichkeit fehlt, die Menschen ihrer Arbeit und uns alle unserer
83 Lebensgrundlagen beraubt, verspielen wir das Vertrauen in unsere Politik.

84 Referenzen:

- 85 * Wir verwenden den Begriff KI als Abkürzung für Technologien, die als
86 „Künstliche Intelligenz“ bezeichnet werden. Dass dieser Begriff weder
87 trennscharf noch unumstritten ist, ist uns bewusst, auf eine Auseinandersetzung
88 oder andere Begriffswahl möchten wir allerdings für ein besseres Verständnis des
89 Antrags verzichten. Gemeint sind Angebote wie ChatGPT, Claude, Nano Banana oder
90 Imagen.
- 91 [1] BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Design. Unser Bildstil,
92 <https://design.gruene.de/4ccd94a80/p/32ae03-unser-bildstil>.
- 93 [2] Wer trotzdem schnell und einfach Sharepics erstellen möchte, kann den
94 Sharepicgenerator nutzen: Immer im Grünen CD, und samt lizenzierten Stock Fotos
95 für jeden Anlass.
- 96 [3] UNU-INWEH Report: Aczel, M., Chamanara, S., Matin, M., Farsi, A., Marwala,
97 T., Madani, K. (2026). Environmental Cost of AI's Energy Use: Carbon, Water and
98 Land Footprints. United Nations University Institute for Water, Environment and
99 Health (UNU-INWEH), Richmond Hill, Ontario, Canada. doi: 10.53328/INR26RMA002 S.
- 100 [4] Wang, P., Zhang, LY., Tzachor, A. et al. E-waste challenges of generative
101 artificial intelligence. Nat Comput Sci4, 818–823 (2024).
102 <https://doi.org/10.1038/s43588-024-00712-6>
- 103 [5] UNU-INWEH Report: Aczel, M., Chamanara, S., Matin, M., Farsi, A., Marwala,
104 T., Madani, K. (2026). Environmental Cost of AI's Energy Use: Carbon, Water and
105 Land Footprints. United Nations University Institute for Water, Environment and
106 Health (UNU-INWEH), Richmond Hill, Ontario, Canada. doi: 10.53328/INR26RMA002,
107 S. 32ff.
- 108 [6] Werner, K, Kleinz, T (11.05.2026). Bürger stoppen »fossiles Rechenzentrum«
109 in Maintal, Der Spiegel. [https://www.spiegel.de/wirtschaft/maintal-](https://www.spiegel.de/wirtschaft/maintal-buergerprotest-stoppt-fossiles-rechenzentrum-bei-frankfurt-a-4c318c68-1cb6-4907-a0b6-5d2866e03781)
110 [buergerprotest-stoppt-fossiles-rechenzentrum-bei-frankfurt-a-4c318c68-1cb6-4907-](https://www.spiegel.de/wirtschaft/maintal-buergerprotest-stoppt-fossiles-rechenzentrum-bei-frankfurt-a-4c318c68-1cb6-4907-a0b6-5d2866e03781)
111 [a0b6-5d2866e03781](https://www.spiegel.de/wirtschaft/maintal-buergerprotest-stoppt-fossiles-rechenzentrum-bei-frankfurt-a-4c318c68-1cb6-4907-a0b6-5d2866e03781)
- 112 [7] jk, Deutschlandfunk (27.10.2024). Wie das Internet den Ausbau der Atomkraft
113 antreibt. <https://www.deutschlandfunk.de/atomkraft-akw-ki-energie-100.html>
- 114 [8] Stellungnahme Prof. Dr. Katharina de la Durantaye, Ausschussdrucksache
115 21(22)102 vom 16. Februar 2026
- 116 [9] Chukunzira, A, Grünberger, N, Janus, P., Brodersen, M (2026). Das derzeitige
117 Fundament von KI ist nicht tragfähig, Bundeszentrale für politische Bildung.
118 [https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/577276/das-derzeitige-](https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/577276/das-derzeitige-fundament-von-ki-ist-nicht-tragfaehig/)
119 [fundament-von-ki-ist-nicht-tragfaehig/](https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/577276/das-derzeitige-fundament-von-ki-ist-nicht-tragfaehig/)
- 120 [10] Jones, J. M. (13.05.2026). Americans Oppose AI Data Centers in Their Area.
121 Gallup. [https://news.gallup.com/poll/709772/americans-oppose-data-centers-](https://news.gallup.com/poll/709772/americans-oppose-data-centers-area.aspx)
122 [area.aspx](https://news.gallup.com/poll/709772/americans-oppose-data-centers-area.aspx)
- 123 [11] BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2026. Verwendung Künstlicher Intelligenz bei BÜNDNIS
124 90/DIEGRÜNEN. Antrag, beschlossen auf dem Länderrat 2026:
125 [https://antraege.gruene.de/1lr26/verwendung-kunstlicher-intelligenz-bei-bundnis-](https://antraege.gruene.de/1lr26/verwendung-kunstlicher-intelligenz-bei-bundnis-90-die-grunen-59840)
126 [90-die-grunen-59840](https://antraege.gruene.de/1lr26/verwendung-kunstlicher-intelligenz-bei-bundnis-90-die-grunen-59840), vgl. insb. Z. 14 ff.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

FAQ:

- F: Diese Argumente lassen sich auch auf andere KI-Werkzeuge übertragen. Warum bezieht sich dieser Antrag nicht auch auf solche?
- A: Bildgeneration ist nicht nur aufwendiger und ressourcenintensiver als Textgenerierung, sondern auch deutlich einfacher zu erkennen. Wir rufen alle dazu auf, sog. KI sparsam und bedacht einzusetzen.
- F: Sog. KI-Technologie hat doch noch andere Probleme: Sie begünstigt Falschinformationen, verstärkt globale Ungerechtigkeit, ist sexistisch...
- A: Ja, KI ist ein schwieriges Thema. Dieser auf dem Länderrat 2026 beschlossene Antrag ist ausführlicher: <https://antraege.gruene.de/1lr26/verwendung-kunstlicher-intelligenz-bei-bundnis-90-die-grunen-59840>
- F: OpenAI und Anthropic und KI-Entwickler warnen vor einer existentiellen Bedrohung der Menschheit durch KI, womöglich schon bis Ende des Jahrzehnts. Warum kommt das in eurem Antrag nicht vor?
- A: Mit dramatischen Narrativen steigt der Wert der KI-Aktien. Und existentielle Bedrohungen gibt es genug.
- F: Aber ich nutze gerne KI!
- A: Das freut uns. Dieser Antrag bindet nur die Grünen Köln und gilt als Empfehlung für Mandatsträger*innen.

A9 Bleibeperspektiven sichern – das Kölner Bleiberechtsprogramm stärken!

Antragsteller*in: Salvatore Mancuso (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln bekennen sich ausdrücklich zum Kölner
- 3 Bleiberechtsprogramm und setzen sich für dessen Fortführung mit den bewährten
- 4 Trägern ein.
- 5 Das Programm eröffnet langjährig Geduldeten innerhalb des geltenden
- 6 Aufenthaltsrechts konkrete Perspektiven und soll finanziell wie strukturell
- 7 verlässlich abgesichert werden.
- 8 2. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln wollen die Qualität und Transparenz des
- 9 Bleiberechtsprogramms stärken, ohne seinen integrationspolitischen Ansatz
- 10 infrage zu stellen.
- 11 Aufnahme, Verbleib und Ausschluss sollen weiterhin anhand klarer und
- 12 rechtsstaatlicher Kriterien geprüft werden.

Begründung

Das Kölner Bleiberechtsprogramm steht seit 2018 für einen pragmatischen und zugleich humanitären Ansatz kommunaler Migrationspolitik. Es richtet sich an Menschen, die seit vielen Jahren mit einer Duldung in Köln leben, und unterstützt sie gemeinsam mit spezialisierten freien Trägern dabei, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu erfüllen. Dazu gehören unter anderem Fragen der Identitätsklärung, der sprachlichen und gesellschaftlichen Integration sowie der Integration in Ausbildung und Arbeit. Das Programm schafft dabei kein eigenes kommunales Bleiberecht. Aufenthaltstitel werden ausschließlich auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts erteilt.

Die Zusammenarbeit zwischen der Kölner Ausländerbehörde und den beteiligten Trägern Caritas, Diakonie, Kölner Flüchtlingsrat und Rom e.V. verbindet aufenthaltsrechtliche Prüfung mit individueller Beratung und konkreter Unterstützung. Damit werden Menschen darin unterstützt, bestehende gesetzliche Bleiberechtsmöglichkeiten tatsächlich wahrnehmen zu können. Für uns Grüne ist das ein wichtiger Bestandteil einer Integrationspolitik, die Menschen nicht über Jahre in einem ungeklärten Schwebestand belässt, sondern auf klare und rechtssichere Perspektiven hinwirkt.

Die öffentliche Berichterstattung über die sogenannte Coesfelder Liste hat in den vergangenen Wochen zugleich Fragen zu internen Abläufen und Kommunikationswegen innerhalb der Kölner Ausländerbehörde aufgeworfen. Der bisher bekannt gewordene Sachstand hat das zunächst sehr zugespitzte Bild inzwischen deutlich differenziert. Die Stadt hat Kommunikations- und Prozessprobleme eingeräumt und die weitere Prüfung der Vorgänge angekündigt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass nicht sämtliche in der Berichterstattung genannten Personen dem Bleiberechtsprogramm zugeordnet waren und die aufenthaltsrechtliche Bearbeitung der Fälle auch in anderen Bereichen der Ausländerbehörde erfolgte.

Für uns Grüne folgt daraus zweierlei:

Verwaltungshandeln muss transparent, nachvollziehbar und rechtsstaatlich sein. Wo Abläufe und Schnittstellen verbessert werden können, sollten daraus konsequent Verbesserungen entstehen.

Zugleich darf die notwendige Aufarbeitung einzelner Vorgänge nicht dazu führen, den integrationspolitischen Ansatz des Bleiberechtsprogramms insgesamt infrage zu stellen. Das Bleiberechtsprogramm selbst sieht bereits vor, Straffälligkeit bei Aufnahme und Verbleib zu berücksichtigen und bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen Konsequenzen zu ziehen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln gehören Rechtstaatlichkeit, Humanität und gelingende Integration zusammen. Menschen, die seit vielen Jahren in unserer Stadt leben und die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Bleiberecht erfüllen, sollen die vorgesehenen Chancen auch tatsächlich nutzen können. Ebenso selbstverständlich ist, dass Entscheidungen nach Recht und Gesetz getroffen und bestehende Voraussetzungen in jedem einzelnen Fall sorgfältig geprüft werden. Das Kölner Bleiberechtsprogramm steht für diesen Ansatz. Wir wollen deshalb die aktuelle Debatte nutzen, um Strukturen zu verbessern, Transparenz zu stärken und dem Programm zugleich den notwendigen politischen Rückhalt für seine weitere Arbeit zu geben.